

Antragsbereich D: Antifaschismus, Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D1_15/2

1 Antragssteller*in: Bundesvorstand

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:
4

5 **D1_15/2 Refugees Welcome: Unsere** 6 **Forderungen für eine menschenwürdige** 7 **Asylpolitik in der Bundesrepublik und in** 8 **Europa**

9
10 Derzeit steht die Bundesrepublik vor einer großen Herausforderung. Ob es nun 800.000, 1 Million
11 oder 1,5 Millionen Menschen sind, die in die Bundesrepublik flüchten und geflüchtet sind - die
12 Aufnahme und Inklusion in die Gesellschaft ist eine immense Aufgabe für Staat und Gesellschaft.
13 Für uns ist dabei klar: Refugees are welcome here!

14
15 Es ist beschämend, wenn derzeit das Grundrecht auf Asyl in Frage gestellt wird. Die
16 „Leistungsfähigkeit“ eines Staates endet nicht mit einer bestimmten Anzahl an Geflüchteten. Sie
17 endet, wenn aus einer menschlichen Gesellschaft eine unmenschliche Gesellschaft wird, die
18 Geflüchtete nicht aufnehmen will und diese als Bedrohung empfindet. Rassist*innen und
19 sogenannte besorgte Bürger*innen dürfen die Debatte jedoch nicht dadurch prägen, dass immer
20 mehr Politiker*innen - auch der SPD - ihre Sprache, Argumente und „Das Boot ist voll“-Rhetorik
21 übernehmen. Es darf keine von Rassismus und Menschenfeindlichkeit motivierte Debatte über das
22 „Ob“ geben - stattdessen muss es eine von Zuversicht geprägte Debatte um das „Wie“ der
23 Integration geben.
24

25 Das Recht auf Asyl war und ist für uns die unmissverständliche Selbstverpflichtung, aus den
26 Erfahrungen der NS-Zeit zu lernen. Es geht darum, Schutzsuchende vor Gewalt zu bewahren - sei
27 es vor staatlicher oder nicht-staatlicher. Aber schon 1992 haben sich CDU/CSU, FDP und SPD auf
28 einen sogenannten „Asylkompromiss“ geeinigt und damit das Recht auf Asyl massiv
29 eingeschränkt, unter anderem durch das Prinzip der sicheren Drittstaaten, das Prinzip der
30 sicheren Herkunftsstaaten, Flughafenverfahren und die Einführung des
31 Asylbewerberleistungsgesetzes. Die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen und der
32 Mordanschlag von Mölln gehörten nur zu den gravierendsten unter den rassistischen Gewalttaten
33 gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte im Vorfeld der Grundgesetzänderung. Auch heute
34 brennen wieder Unterkünfte und Geflüchtete werden angegriffen. Auch heute gibt es wieder
35 „Asylkompromisse“, die von der SPD getragen werden. Die Parallelität ist erschütternd.
36

37 **Knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht - es fliehen so viele Menschen wie nie zuvor.**

38 Derzeit befinden sich nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) weltweit knapp 60
39 Millionen Menschen auf der Flucht - die höchste jemals verzeichnete Zahl. Durchschnittlich
40 42.500 Menschen machten sich im Jahr 2014 täglich auf den Weg: auf die Suche nach Frieden,
41 Sicherheit und einem neuen Leben. Den größten Teil von den knapp 60 Millionen Menschen auf

42 der Flucht - nämlich 38,2 Millionen - bilden die sogenannten Binnenvertriebenen. Sie
43 überschreiten keine Landesgrenzen, sondern fliehen innerhalb des eigenen Landes. Fast neun von
44 zehn Geflüchteten leben in sogenannten Entwicklungsländern, da sie oftmals in ein angrenzendes
45 Nachbarland fliehen. Die sechs größten Aufnahmeländer von Geflüchteten waren im Jahr 2014
46 die Türkei (rund 1,6 Millionen), Pakistan (rund 1,5 Millionen), der Libanon (rund 1,1 Millionen),
47 der Iran (rund 1 Million) sowie Äthiopien und Jordanien (jeweils rund 650.000).

48
49 In Relation zur Einwohner*innenzahl des Landes trägt der Libanon eine besonders hohe Last:
50 Rund 1,1 Millionen Menschen wurden aufgenommen - obwohl der Libanon selbst nur rund vier
51 Millionen Einwohner*innen hat. Die Bundesrepublik landet in diesem Vergleich lediglich auf Platz
52 50. Innerhalb Europas liegt die Türkei im Vergleich vorn, gefolgt von Schweden, Malta und
53 Montenegro - die Bundesrepublik liegt mit rund 2,5 Geflüchteten pro tausend Einwohner*innen
54 auf Platz zwölf.

55
56 Nach Europa zu fliehen ist kompliziert und oftmals lebensgefährlich. Die Hilflosigkeit von
57 Geflüchteten wird dabei immer wieder von skrupellosen Schlepper*innen ausgenutzt. Fast
58 218.000 Menschen aus Afrika oder Asien gelangten im vergangenen Jahr nach Schätzung des
59 UNHCR mit dem Boot übers Mittelmeer nach Europa. Bilder von überfüllten Booten, Berichte
60 über tausende Tote machen uns immer wieder sprachlos.

61 62 **Hunger, Not, Armut und Kriege entstehen nicht einfach so - eine Betrachtung der** 63 **Fluchtursachen**

64 Fluchtursachen können vielfältig sein. Die Gründe, sich für Flucht und Migration zu entscheiden,
65 können beispielsweise politischer, ökonomischer oder ökologischer Art sein. Derzeit fliehen die
66 meisten Menschen aus Syrien. Rund vier Millionen Syrer*innen flohen aus ihrem Land und 7,5
67 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht - bei einer Bevölkerungszahl von rund 20
68 Millionen. Vor drei Jahren war das Land noch nicht einmal eines der 30 Länder, aus denen die
69 meisten Menschen fliehen. Dies zeigt die Eskalation der Krise in Syrien mit Präsident al-Assad,
70 dem Islamischen Staat und der syrischen Opposition. Syrien hat damit im letzten Jahr
71 Afghanistan abgelöst, das seit mehr als drei Jahrzehnten den ersten Platz belegte. Es gilt:
72 Aktuelle Krisenherde und Konflikte führen zu Fluchtbewegungen.

73
74 Ein weiterer Grund für Migrationsbewegungen ist die ungleiche Verteilung von Kapital. Laut
75 Oxfam werden ein Prozent der Menschheit im kommenden Jahr mehr als 50 Prozent des
76 weltweiten Vermögens besitzen. Dagegen gilt als extrem arm, wer weniger als den Gegenwert
77 von 1,25 US-Dollar pro Tag zum (Über-)Leben zur Verfügung hat. Dies betrifft nach Angaben der
78 Vereinten Nationen rund 1,2 Milliarden Menschen weltweit. Nach dem UN-Welthungerbericht
79 2015 haben 795 Millionen Menschen auf der Welt nicht genug zu essen. Die große Mehrheit der
80 Hungernden lebt im globalen Süden. Davon leben circa 511 Millionen in Asien und der
81 Pazifikregion, 232 Millionen in Afrika. Der Anteil der Hungernden an der Bevölkerung ist mit 20
82 Prozent in Afrika am höchsten. Bei diesen Zahlen muss jedoch beachtet werden, dass sie
83 teilweise willkürliche Grenzen ziehen, ab wann Menschen als arm oder hungernd gelten. Die
84 Dunkelziffer ist wohl noch viel höher.

85
86 Auch das Konstrukt der Nationalstaaten ist eine Ursache für Flucht und Vertreibung. Die Idee von
87 Nationalstaaten ist eine der europäischen Neuzeit. Der Staat sollte dabei die wesentlichen Teile
88 des staatstragenden und meist auch namensgebenden Volkes in sich vereinen. Damit einher
89 gingen seit jeher Konflikte: Minderheiten wurden für schlechtere Lebensverhältnisse kollektiv
90 verantwortlich gemacht oder ein Teil der Bevölkerung wollte sich abspalten. Diese Konflikte sind
91 weitestgehend so geblieben. Doch für uns sind Staat und Nation keine zwingenden
92 Voraussetzungen menschlichen Zusammenlebens, sondern Konstrukte und Teil des Problems.

93

94 Eine Analyse von Fluchtursachen, die den Kapitalismus nicht in den Blick nimmt, ist für uns
95 verkürzt. Denn diese kurz aufgezeigten Probleme sind kein Zufallsprodukt, sondern systemisch
96 bedingt. Sie sind dem Kapitalismus immanent. Flucht und Vertreibung sind also zwangsläufige
97 Phänomene einer kapitalistischen Weltordnung, die Menschen als Ware sieht und Wettbewerb
98 zwischen ihnen zur obersten Maxime erklärt.

99

100 **Eine Welt ohne Flucht - unsere Vision des demokratischen Sozialismus**

101 Im demokratischen Sozialismus können alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft ihren
102 Aufenthaltsort frei wählen. Dies streben wir an. Wir wollen daher das globale Recht auf Migration
103 erkämpfen. Kapitalismus, Nationalstaaten und Unterdrückung bekämpfen wir. Zu einem
104 selbstbestimmten Leben eines jeden Menschen gehört die Entscheidungsmacht darüber, wo
105 er*sie leben möchte und wie er*sie sein*ihr Leben gestalten möchte. Dies muss aber nicht nur
106 rechtlich, sondern auch tatsächlich möglich sein. Daher kämpfen wir für eine Welt, in der nicht
107 mehr die existentielle Notwendigkeit besteht, zu flüchten. Dieser Kampf wird nicht von heute
108 auf morgen zu gewinnen sein. Doch diese Vision wollen wir nicht aus den Augen verlieren,
109 sondern beständig für ihre Realisierung eintreten.

110

111 Bis wir aber diesen Zustand erreichen, ist das Asylrecht ein fundamentales Menschenrecht. Wir
112 wollen dieses Recht allen Menschen gewähren, egal aus welchen Gründen sie fliehen (müssen).
113 Die Unterteilung von „guten Kriegsflüchtlingen“ und „schlechten Wirtschaftsflüchtlingen“ lehnen
114 wir als menschenverachtend ab. Daher setzen wir uns für eine vollständige und umfassende
115 Neuausrichtung der Asylpolitik in der Bundesrepublik und Europa ein. Bisher stehen Abschreckung
116 und Abschottung im Vordergrund - auf allen Ebenen. Wir wollen eine wirkliche
117 Willkommenskultur schaffen - und nicht nur darüber reden.

118

119

120 **Eine menschenwürdige Asylpolitik - unsere Forderungen an die Bundesrepublik und Europa**

121 Auf allen politischen Ebenen muss und kann etwas getan werden. Wir unterstützen jede konkrete
122 Hilfe vor Ort. Ehrenamtliches Engagement darf aber staatliches Handeln - sei es durch die
123 Europäische Union, den Bund, die Bundesländer oder die Kommunen - nicht ersetzen. Staatliche
124 Strukturen dürfen sich nicht aus der Verantwortung ziehen, sie müssen vielmehr selbst
125 Veränderungen voranbringen. Anstatt auf diffuse Ängste und rassistische Parolen einzugehen,
126 muss die gesamtstaatliche Verantwortung gegenüber geflüchteten Menschen in den Mittelpunkt
127 der Debatte rücken.

128

129 **Wir fordern: Umdenken auf europäischer Ebene!**

130

- Wir wollen keine Festung Europa. Militärische Abwehrmaßnahmen, Abschreckung und
131 Abschottung lehnen wir ab. Daher muss Frontex aufgelöst, Militär- und Polizeieinsätze
132 zur Grenzsicherung eingestellt werden. Stattdessen brauchen wir eine europäische
133 Koordinierungsstelle, die nach den Grundsätzen der Menschenwürde und
134 Rechtsstaatlichkeit arbeitet.

135

- Der Weg nach Europa - über das Mittelmeer und entlang anderer Routen - ist häufig
136 tödlich. Wir brauchen daher legale Fluchtwege in die Europäische Union.

137

- Wir lehnen das Dublin-Prinzip ab, nach welchem der Staat für das Asylverfahren
138 zuständig ist, dessen Boden die geflüchtete Person als erstes betritt. Stattdessen fordern
139 wir eine gerechte Verteilung unter den europäischen Staaten. Diese verpflichtende
140 Verteilung muss sich nach Kriterien wie Wirtschaftskraft, Bevölkerungszahl und Größe
141 eines Staates richten.

142

143 **Wir fordern: Humanitäre Bleiberechtsregelung statt Kettenduldungen!**

- 144 ▪ Die Möglichkeit, Menschen abzuschieben, muss abgeschafft werden. Niemand darf
145 gezwungen werden, in das Herkunftsland zurückzukehren. Kurzfristig dürfen
146 insbesondere im Winter keine Abschiebungen stattfinden.
147 ▪ Es müssen alle Ausreisepflichtigen die Möglichkeit auf ein Bleiberecht erhalten - auch in
148 Zukunft und ohne Stichtag.
149 ▪ Alte und kranke Menschen sowie Menschen mit Beeinträchtigungen und/oder chronischen
150 Erkrankungen sind vom Bleiberecht derzeit ausgeschlossen, da sie ihren Lebensunterhalt
151 nicht ausreichend sichern können. Auch für sie wollen wir ein dauerhaftes Bleiberecht
152 ermöglichen.
153

153

154 **Wir fordern: Menschenwürdiger Umgang!**

- 155 ▪ Geflüchtete haben, wie alle Menschen, ein Anrecht auf ein menschenwürdiges
156 Existenzminimum. Dieses ist migrationspolitisch nicht zu relativieren, also zum Beispiel
157 nicht durch Gutscheinsysteme und ähnliche Maßnahmen einzuschränken, um
158 vermeintliche Anreize zu reduzieren. Ein menschenwürdiges Existenzminimum kann nur
159 durch Geld- statt Sachleistungen gewährleistet werden.
160 ▪ Eine Sondergesetzgebung durch das Asylbewerberleistungsgesetz lehnen wir ab. Wir
161 wollen stattdessen auch für Geflüchtete Grundsicherung und Sozialleistungen nach dem
162 Sozialgesetzbuch.
163 ▪ Derzeit müssen Geflüchtete vor jeder ärztlichen Behandlung die Zustimmung der
164 Behörden einholen. Dies kann im schlimmsten Fall lebensgefährlich sein. Wir fordern die
165 flächendeckende Einführung der Gesundheitskarte.
166 ▪

166

167 **Wir fordern: Sichere und angemessene Unterkünfte!**

- 168 ▪ Kurzfristig müssen allen Geflüchtete winterfeste Schlaf- und Wohnplätze zur Verfügung
169 gestellt werden.
170 ▪ Unser Anspruch ist weiterhin die dezentrale Unterbringung in Wohnungen statt in
171 Sammelunterkünften.
172 ▪ Solange Sammelunterkünfte bestehen müssen diese angemessene Mindestbedingungen
173 wie menschenwürdige Zimmergrößen, Ermöglichung von Privatsphäre, Aufenthalts-,
174 Lern- und Spielräume für Kinder und Schutzräume für Frauen* erfüllen.
175 ▪ Der Staat muss weiteren Wohnraum schaffen - für Geflüchtete, Studierende,
176 Auszubildende und Menschen mit geringen oder mittleren Einkommen. Dabei gilt es,
177 diese Personengruppen nicht gegeneinander auszuspielen.
178 ▪ Alle Unterkünfte müssen sicher für Geflüchtete sein. Die Polizei muss rechte Täter*innen
179 konsequent verfolgen.
180

180

181 **Wir fordern: Teilhabe und Partizipation ermöglichen!**

- 182 ▪ Die sogenannten Integrationskurse müssen auch für Geflüchtete zugänglich und kostenlos
183 sein.
184 ▪ Die Vorrangprüfung auf dem Arbeitsmarkt gehört abgeschafft. Geflüchtete sind keine
185 „Arbeitskräfte zweiter Klasse“.
186 ▪ Die gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten muss sichergestellt werden. Vereine und
187 Verbände, wie beispielsweise Sport- und Musikvereine, oder politische Organisationen
188 müssen für Geflüchtete offen und zugänglich sein.
189

189

190 **Wir fordern: Kommunen und Länder entlasten!**

- 191 ▪ Flüchtlingspolitik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.
192 Der Bund darf sich hier nicht aus der Verantwortung stellen und muss die Mehrkosten für
193 Länder und Kommunen vollständig übernehmen.

193

- 194 ▪ Kosten für Geflüchtete dürfen kein Grund für Sparmaßnahmen in anderen
195 Politikbereichen sein. Eine Politik der schwarzen Null ist hier eine Politik des schwarzen
196 Herzens.
197

198 **Eine menschenwürdige Asylpolitik - unsere Forderungen in der Bildungs- und**
199 **Hochschulpolitik.**

200 Derzeit wird Geflüchteten das Recht auf Bildung vielfach genommen. Die Flüchtlingspolitik ist
201 vom ordnungspolitischen Gedanken geleitet, Geflüchteten die Teilhabe an Arbeitsmarkt und
202 Gesellschaft zu verwehren, da sie sich nur vorübergehend in der Bundesrepublik aufhalten
203 würden. Die Bildungslandschaft ist daher geprägt von Ausschluss, Segregation und
204 Sondermaßnahmen gegenüber Geflüchteten. Schul- und Hochschulbesuch werden durch
205 Regularien und Verfahrensweisen erschwert bis verhindert. Barrieren, die wesentlich zum
206 Ausschluss vom Recht auf Bildung beitragen, müssen vorbehaltlos beseitigt werden.
207

208 **Wir fordern: Bildungsangebote ab dem ersten Tag!**

- 209 ▪ Ab dem ersten Tag müssen kostenlose Angebote zur Sprachförderung und weitere
210 Bildungsangebote von fachlich und pädagogisch qualifiziertem Personal zur Verfügung
211 gestellt werden.
212 ▪ Das Bildungsniveau von Geflüchteten soll so früh wie möglich erfasst werden, damit die
213 Bildungseinrichtungen sich entsprechend vorbereiten können. Jedoch darf die Erfassung
214 des Bildungsstandes nicht zum Ausschluss von Menschen mit geringem formalen
215 Bildungsabschluss - oder ohne Bildungsabschluss - führen.
216 ▪ Internationale Abschlüsse müssen daher besser und zügiger anerkannt werden. Können
217 keine Nachweise und Papiere geliefert werden, müssen Kompetenzen schnell und
218 kostenlos festgestellt und zertifiziert werden.
219 ▪ Es müssen Beratungsangebote geschaffen werden, die es Geflüchteten ermöglichen, den
220 für sie besten Bildungsweg in der Bundesrepublik zu wählen. Sie müssen über ihren
221 weiteren möglichen Bildungsweg und die Möglichkeiten, weitere Qualifikationen zu
222 erreichen, informiert werden.
223 ▪ Es muss unverzüglicher Zugang zu Krippen, Kitas, Schulen, Berufsbildungseinrichtungen,
224 Hochschulen sowie zu Weiterbildungen und Anpassungsqualifizierungen gewährt und eine
225 sofortige Inklusion in Regelsysteme sicher gestellt werden, sobald diese möglich ist.
226

227 **Wir fordern: Kita-Plätze ausbauen!**

- 228 ▪ Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz gilt auch für Geflüchtete und muss umgesetzt
229 werden. Kindertagesstätten und ihre Träger*innen dürfen sich ihrer Verantwortung durch
230 den Verweis auf volle Kapazitäten nicht entziehen.
231 ▪ Die zusätzlich nötig werdenden Kapazitäten müssen bereits vorausschauend aufgestockt
232 werden. Zudem sollen der Umgang mit Kindern mit Fluchterfahrungen und Traumata in
233 die Fort- und Weiterbildungen von Erzieher*innen integriert werden.
234

235 **Wir fordern: Schulbesuch ermöglichen!**

- 236 ▪ Durch die Zahl geflüchteter Kinder müssen bundesweit neue Stellen für Lehrer*innen
237 geschaffen werden. Kapazitäten in den Schulen dürfen nicht weiter abgebaut werden.
238 ▪ Kindern ohne legalen Aufenthaltsstatus muss die Angst vor polizeilichen Ermittlungen
239 genommen werden. Zwar müssen Schulen und andere Bildungs- und
240 Erziehungseinrichtungen Kinder ohne Aufenthaltserlaubnis explizit nicht melden,
241 trotzdem lehnen sie teilweise Kinder ab oder melden sie. Lehrer*innen und
242 Schulleiter*innen müssen hierfür in Fort- und Weiterbildungen sensibilisiert werden.
243 ▪ Es muss ein Anspruch auf das Nachholen eines Schulabschlusses geschaffen werden.

- 244 ▪ Sonderklassen für Geflüchtete lehnen wir ab. Regelschulen müssen für die Inklusion
245 Geflüchteter sächlich, personell und räumlich ausgestattet werden.

246 **Wir fordern: Ausbildung ohne Wartefrist!**

- 247 ▪ Die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung muss Geflüchteten generell ohne Wartefrist
248 ab dem ersten Tag gestattet sein.
249 ▪ Geflüchtete müssen nach erfolgreicher Ausbildung - auch bei einem zwischenzeitlich
250 abgelehnten Asylantrag - eine Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik erhalten können.

251

252 **Wir fordern: Hochschulen öffnen!**

- 253 ▪ Wir begrüßen, dass viele Hochschulen kurzfristig Gasthörer*innenschaften für
254 Asylsuchende ermöglichen. Dabei ist für uns klar, dass diese kostenlos sein müssen. Das
255 kann aber nur eine Zwischenlösung sein. Wir wollen die möglichst schnelle Integration in
256 den regulären Studienbetrieb. Deshalb muss auch die Möglichkeit bestehen, Prüfungen
257 abzulegen und ECTS-Punkte zu sammeln.
258 ▪ Studierendenschaften sollen gemeinsam mit den Hochschulen Mentoring- und Buddy-
259 Programme für Geflüchtete aufbauen.
260 ▪ Studienkollegs, die geflüchtete Menschen auf die Hochschulen vorbereiten, müssen an
261 allen Standorten massiv ausgebaut werden. Denn neben der Fähigkeit die deutsche
262 Alltagssprache zu beherrschen, erfordert der Hochschulkontext intensivere
263 Sprachkenntnisse. Es müssen kostenlose Sprach- und Vorbereitungskurse an den
264 Hochschulen angeboten werden, die den Weg bis zum regulären Hochschulzugang
265 erleichtern.
266 ▪ Zwar haben Menschen mit „Duldung“ oder „Aufenthaltsgestattung“ inzwischen in der
267 Regel nach 15 Monaten Voraufenthalt einen Anspruch auf BAföG, jedoch ist auch dies
268 noch viel zu lang. Wir wollen eine grundlegende Veränderung des BAföG. Wir fordern
269 einen BAföG-Anspruch für alle Studierende - unabhängig von Voraufenthaltsdauer und
270 Aufenthaltsstatus! Studienberechtigten Asylsuchenden ist nach der Hochschulzulassung
271 der Zugang zum BAföG ohne Wartezeit zu ermöglichen, analog zum Verfahren bei
272 Studierenden mit deutscher Staatsangehörigkeit.
273 ▪ Die Sicherung des aufenthaltsrechtlichen Status für Studierende während und nach dem
274 Studium muss gewährleistet sein. Dies soll mindestens entsprechend der Regelungen für
275 Studierende aus Drittstaaten erfolgen.

276

277 **Refugees Welcome - Vor Ort konkret helfen.**

278 Wir Juso-Hochschulgruppen setzen uns auf allen Ebenen - an der Hochschule, in der Kommune,
279 im Bundesland, in der Bundesrepublik und in Europa - für diese Forderungen ein. Dabei ist der
280 gesamte Verband gefordert. In unserem täglichen Engagement zeigen wir Haltung gegenüber
281 Rassist*innen und sog. besorgten Bürgern. Für uns gibt es keine „Asylkritiker“, das sind Nazis und
282 Rassist*innen. Dies tragen wir auch in die Gesellschaft - sei es auf Veranstaltungen oder
283 Demonstrationen. Wir heißen Geflüchtete wirklich willkommen. Daher werden wir Geflüchteten
284 weiterhin vor Ort konkret helfen und überall Unterstützung anbieten. Refugees are welcome
285 here!